Politische Rundschau.

Deutschland.

*Der Kaiser erließ, wie in den Vorjahren, eine Anzahl von Einladungen an Künstler und Gelehrte zur Teilnahme an seiner Nordlandreise ergehen.

*Wie das „B. T." meldet, ist die Wahl des Prinzen Friedrich Wilhelm v. Preußen (des Sohnes des verstorbenen Prinzen Albrecht) zum Regenten von Braunschweig so gut wie sicher.

*Der dem Bundesrate zugegangene Gesetzentwurf über die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit erhält dadurch Bedeutung, als es der erste Schritt zum staatlichen Schutze der Heimarbeit ist. Für Verhütung von Berufsgefahren, die mit der Herstellung von Zigarren verbunden sind, bestehen für die in Fabriken und Werkstätten beschäftigten Arbeiter eingehende Schutzbestimmungen. Dagegen hatte die Zigarren-Hausarbeit bisher noch keine ähnliche Regelung erfahren.

*Wie verlautet, wird Herr Jesko von Puttkamer in etwa sechs Wochen auf seinen Posten als Gouverneur nach Kamerun zurückkehren. — Das Urteil im Prozeß gegen Herrn v. Puttkamer, der von der kaiserlichen Disziplinarkammer zu Potsdam wegen Dienstvergehen in drei Fällen mit einem Verweise und einer Geldbuße von 1000 Mk. bestraft worden ist, hat bereits Rechtskraft erlangt, da sowohl der Vertreter der Anklagebehörde sowie der Angeschuldigte selbst ihren formellen Verzicht auf die Einlegung des Rechtsmittels der Berufung vor Gericht erklärt haben.

*Die Rede, die der Kriegsminister von Einem im deutschen Reichstage gelegentlich der Besprechung des Militäretats hielt, hat in Frankreich und England besonders dadurch Aufsehen erregt, daß darin die dauernde Kriegsbereitschaft als Notwendigkeit bezeichnet wurde. Dazu ist zu bemerken, daß wohl jeder Kriegsminister die Notwendigkeit der Rüstung gelegentlich seiner Etatsrede betont, um Abstrichen vorzubeugen. Abgesehen davon aber klingt's aus Frankreich manchmal ganz anders zu uns herüber.

*Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf betr. Abänderung des Strafgesetzbuchs behufs Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse zugegangen. Er enthält nur einen Paragraphen, welcher lautet: „Die Beleidigung ist nur dann strafbar, wenn sie böswillig und mit Vorbedacht begangen wird. Die Verfolgung tritt, sofern die Beleidigung nicht öffentlich begangen ist, nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung ein; für den Bereich der Militärgerichtsbarkeit ist nur in Friedenszeiten die Genehmigung erforderlich und steht deren Erteilung der Militärjustizverwaltung zu. Die Verfolgung verjährt in sechs Monaten."

*Die Forderung für den Bau eines Reichsmilitär-Gerichtsgebäudes wurde von der Budgetkommission des Reichstages einstimmig angenommen.

*Im sächsischen Reichstags-Wahlkreise Glauchau-Meerane wurde bei der Ersatzwahl für den verstorbenen Ignaz Auer der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Elberfeld-Barmen, Hermann Molkenbuhr, gewählt.

*In Frankfurt a. M. wurde ein mitteldeutscher Arbeitsnachweisverband begründet und zum Vorsitzenden Oberbürgermeister Dr. Adickes, der angeblich für einen preuß. Ministerposten ausersehen war, gewählt.

*Der Transportdampfer „Borussia" mit der Ablösung für das Kreuzergeschwader in Ostasien, 954 Offiziere und Mannschaften, hat die Ausreise von Wilhelmshaven angetreten.

*Der koburgische Speziallandtag hat einstimmig das neue Domänengesetz genehmigt, wonach der Reinertrag der Domänen dem Herzoglichen Hause und der Staatskasse zu gleichen Teilen zufällt.

*Der württembergischen Zweiten Kammer ist der Entwurf eines Gesetzes betr. die Beschaffung von Geldmitteln für den Eisenbahnbau zugegangen. Er fordert insgesamt 35 400 000 Mk.

Frankreich.

*Die Kaiserin-Witwe von Rußland, die auf der Heimreise von Biarritz in Paris eine dreiviertelstündige Unterredung mit dem Präsidenten Fallières und dem Minister des Äußern, Pichon, hatte, sprach den Wunsch aus, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich immer herzlicher werden und sich zu einem Schutz- und Trutzbündnis gestalten möchten. Im übrigen wird die Unterredung mit dem Mantel des Geheimnisses umkleidet.

England.

*Der kanadische Premierminister Sir W. Laurier hat seine Anwesenheit in London zu der Konferenz der Premierminister benutzt, um mit Deutschland, Italien und andern europäischen Ländern Tarif-Unterhandlungen anzuknüpfen. Es handelt sich um die Gewährung des kanadischen „Zwischentarifs", dessen Sätze zwischen denen des England gewährten Mindesttarifs und des allgemein gültigen Tarifs stehen, natürlich gegen entsprechende Zugeständnisse für kanadische Waren.

*Im Parlamentsgebäude fand Freitag abend eine Besprechung einer Anzahl Mitglieder des Unterhauses statt, die beabsichtigen, sich der Reise nach Deutschland anzuschließen, die zu Pfingsten dieses Jahres vom Ausschuß für das Studium fremdländischer Gemeindeeinrichtungen veranstaltet wird.

Spanien.

*Der Ministerrat genehmigte das Marinebudget in Höhe von 50 Millionen Pesetas. Es ist in Aussicht genommen, acht Jahre lang die gleiche Summe einzustellen und sie größtenteils für Instandsetzung der Werften und Neubau der Flotte zu verwenden.

*Bei der Nachprüfung der Wahlen in Madrid kam es im Rathause zu heftigen Streitigkeiten zwischen den mit der Prüfung betrauten Personen und den Parlamentskandidaten. Die Polizei mußte einschreiten, um die erregte Menge im Zaume zu halten.

Rußland.

*In den Kreisen der Duma-Deputierten herrscht Unzufriedenheit, weil der Präsident Golowin über seine Audienz beim Zaren das tiefste Schweigen beobachtet. Er teilte lediglich mit, der Zar werde ein liberales Ministerium mit Stolypin an der Spitze berufen. Viele Deputierte äußern die Ansicht, daß Golowin verpflichtet sei, der Duma Vortrag über die Audienz zu halten, da er als Präsident der Volksvertretung empfangen worden sei und nicht als Privatmann.

Amerika.

*Bei der feierlichen Eröffnung der aus Anlaß der Dreihundert-Jahrfeier der ersten englischen Koloniegründung in den Ver. Staaten zu Jamestown (im Staate Virginia) stattfindenden Jubiläumsausstellung hielt Präsident Roosevelt eine Ansprache, in der er auf die innigen Bande hinwies, die Amerika mit allen europäischen Kulturvölkern, insbesondere mit dem englischen verknüpfen. Roosevelt entbot auch seinen Gruß den asiatischen Völkern und sprach besonders ein herzliches Willkommen den Vertretern des mächtigen Inselreiches Japan aus, das, während es vom Westen lernte, gezeigt habe, daß es dem Westen seinerseits so sehr viel zu lehren hätte. (Diese besondere Auszeichnung der Japaner erregte allgemeines Aufsehen!)

Aus dem Reichstage.

Im Reichstage kam am Donnerstag bei Weiterberatung des Militäretats zunächst der Abg. Noske (soz.) zu Wort. Kriegsminister v. Einem nahm mit Genugtuung davon Kenntnis, daß nach der Versicherung des Abg. Noske die Sozialdemokraten sich auch mit an der Verteidigung des Vaterlandes beteiligen wollten, hielt ihnen aber vor, daß eine wirksame Verteidigung von Vaterland und Frieden nicht mit einem ungenügend ausgebildeten Milizheere, sondern nur mit einer Armee, wie wir sie jetzt haben, und bei Aufrechterhaltung des kriegerischen und patriotischen Geistes möglich sei. Dem Abg. Grafen Mielczynski (Pole) antwortete der Kriegsminister, daß er keine großpolnische Agitation in den Kasernen dulden werde. Abg. Hagemann (nat.-lib.) sprach gleichfalls gegen die Sozialdemokratie, deren Einfluß sich mit dem gänzlichen Aufhören der Soldatenmißhandlungen noch weiter verringern werde. Darauf wurde das Gehalt des Kriegsministers bewilligt und die vorliegenden Resolutionen angenommen. In der Spezialdiskussion wurden zahlreiche Wünsche für Besserstellung verschiedener Kategorien des Heeres laut. Große Teile des Etats kamen debattelos zur Annahme.

Am 26. d. wird die zweite Beratung des Militäretats fortgesetzt. Zu den Kapiteln „Artillerie- und Waffenreform" und „Technische Institute", die gemeinsam behandelt werden, erhält das Wort

Abg. Pauli-Potsdam (kons.): Die Lage der Büchsenmacher und Oberbüchsenmacher, die schon bei einem früheren Kapitel erörtert wurde, bedarf ohne Zweifel einer durchgreifenden Reform. Ihre Gehalts- und ihre Avancementsverhältnisse sollten baldigst denen der übrigen Beamtenkategorien gleichgestellt werden. Die Meister in den Infanterie- und Artilleriewerkstätten müssen einander gleichgestellt werden, und die Frage ihrer Pensionsbezüge muß die besondere Beachtung der Regierung finden. Auch die Behandlung der Meistergehilfen in den Werkstätten läßt viel zu wünschen übrig; es sollte endlich mit der Gepflogenheit, sie als gewöhnliche Arbeiter zu betrachten, gebrochen werden. Der Redner erörtert hierauf die Verhältnisse in den Artilleriewerkstätten von Spandau unter Anführung einer großen Anzahl von Einzelfällen, fordert größere Fürsorge der Heeresverwaltung für die Militäranwärter und Besserstellung der in den Militärwerkstätten beschäftigten Handwerker. Es sei zu wünschen, daß die Militärverwaltung sich aller dieser Beamten und Arbeiterkategorien mit Liebe annehme.

Abg. Zubeil (soz.): Die Verwaltung der Spandauer Militärwerkstätten scheint eine fürchterliche Angst vor der Sozialdemokratie zu haben, denn sie hat ein ganzes Spionagesystem ins Leben gerufen, in dem selbst die Beamten und Ingenieure sich zu Denunzianten und Spitzeln hergeben. In bezug auf die Arbeiterfürsorge zeigen die Spandauer Behörden eine unglaubliche Engherzigkeit und Kleinlichkeit. Das trifft z. B. zu für die Urlaubserteilung. Da sollte sich die Verwaltung doch einmal den sozialdemokratischen Betrieb der „Vorwärts"-Druckerei ansehen. Die Arbeiterschaft muß es verlangen können, daß ihr so gut wie für Kaisers Geburtstag auch für sonstige durch die Gesetze vorgeschriebene Feiertage der Lohn bezahlt wird. Der Beschwerdeweg ist für die Arbeiter fast illusorisch, beschreiten sie ihn, so geht die Hetze los, so lange, bis der Betreffende hinausgehetzt ist. Wir werden unsre Beschwerden fortsetzen und dadurch bewirken, daß die Militärverwaltung, wenn sie auch widerwillig darangeht, doch langsam dazu übergehen muß, die Arbeiterverhältnisse in den „Musterbetrieben" zu verbessern.

Abg. Becker-Köln (Zentr.): Ich kann dem Vorredner über die Verhältnisse in militärischen Betrieben im allgemeinen — die Spandauer Verhältnisse sind mir nicht bekannt, ich kann also darüber nicht mitreden — nicht beipflichten. Die Arbeiter in den Militärwerkstätten im Siegkreis wünschen die Errichtung einer Pensionskasse.

Generalmajor Sixt v. Arnim antwortet kurz auf die vorgebrachten Wünsche. Die Einrichtung von Pensionskassen sei selbstverständlich von dem Ausfall der Wahlen nicht abhängig; man hätte es schon früher bei der Heeresverwaltung mit Pensionskassen versucht, sie hätten sich aber nicht als leistungsfähig erwiesen. Auf alle die Geschichten, die der Abg. Zubeil erzählt habe, könne man nicht näher eingehen, doch würden die einzelnen Fälle geprüft werden. In der Urlaubsfrage, die sehr schwierig zu lösen sei, könne nur einheitlich vorgegangen werden. Daß ein Erlaß gegen die sozialdemokratische Agitation verfügt wurde, sei richtig; in den Militärwerkstätten dürften eben nur Leute beschäftigt sein, die ihre Pflicht gegen König und Staat erfüllen.

Nach einer Entgegnung des Abg. Pauli-Potsdam hält

Abg. Zubeil (soz.) seine Behauptung aufrecht, daß ein Ingenieur in Spandau in Vereinen und den Familien Gesinnungsschnüffelei treibe und alles dem Kriegsministerium hinterbringe.

Kriegsminister v. Einem konstatiert, daß diese Behauptung unwahr sei, und daß etwas Derartiges an das Kriegsministerium niemals getragen sei. (Zuruf des Abg. Zubeil: An die Direktion!)

Darauf wird die Debatte geschlossen und das Kapitel angenommen.

Der Rest der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Etats wird ebenfalls angenommen.

Bei den einmaligen Ausgaben werden den Gemeinden Spandau, Siegburg und Lippstadt größere Beihilfen als Entschädigung für die kommunale Steuerfreiheit der Staatsbetriebe bewilligt.

Eine Resolution der Budgetkommission fordert die baldige Regelung der Beitragspflicht der staatlichen Betriebe zu den Gemeindeabgaben. Sie wird nach kurzer Besprechung angenommen.

Abg. Erzberger (Zentr.) bespricht bei den „einmaligen Einnahmen" den Verkauf eines dem Reich gehörenden Teiles der Westeisbahn am Zoologischen Garten in Berlin an das Offizierkorps der Landwehr-Inspektion Berlin und rügt es, daß das Gelände an das Offizierkorps billiger abgegeben werden soll, als es seinerzeit vom Staat gekauft wurde.

Generalmajor v. Lochow erwidert, daß das finanzielle Interesse des Reiches bei diesem Verkauf tatsächlich gewahrt werde.

Abg. Südekum (soz.) ersucht um Ablehnung dieser Position, da das Reich keinen Quadratmeter seiner Baugründe abgeben sollte.

Kriegsminister v. Einem: Abg. Südekum will diese Position zu einer Haupt- und Staatsaktion machen. Die Militärverwaltung steht der ganzen Sache sehr kühl gegenüber. Das Offizierkorps hat uns ein Angebot gemacht, und wir sehen nicht ein, warum wir das Terrain, das wir doch nicht brauchen und das uns kaum jemals jemand anders abkaufen würde, nicht abgeben sollen. Den besseren Teil behalten wir ja. Nur den schlechteren mit der Aussicht auf den Bahnhof geben wir weg.

Abg. Dove (freis. Vgg.): Namens der drei freisinnigen Parteien erkläre ich, daß wir der Position nicht zustimmen können.

Abg. Paasche (nat.-lib.) beantragt die Rückverweisung der Position an die Budgetkommission.

Kriegsminister v. Einem: Das in Rede stehende inaktive Offizierkorps zählt 3500 Mann. Diese Herren sind zumeist keine Rentiers, sie sind Kaufleute, Bankbeamte, ja sogar Schauspieler. Wie soll sich dieses Offizierkorps von der Bevölkerung, mit der es täglich verkehrt, abtrennen. Das ist mir unverständlich.

Abg. Paasche zieht seinen Antrag zurück.

Die Abgg. Hahn (kons.), de Wendel (Lothr.) Duffner (Ztr.) und Lattmann (wirtsch. Vgg.) protestieren als Reserveoffiziere gegen die Äußerung des Abg. Südekum, daß sie politisch oder sozial gebunden seien.

Hierauf wird die Position (gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten) angenommen; ebenso der Rest des Militäretats.

Sodann vertagt sich das Haus.

Von Nah und Fern.

Eine deutsche Kirche in Kiautschou. Eine deutsch-evangelische Kirche soll in Tsingtau-Kiautschou errichtet werden. Zur Erlangung von Entwürfen ist vom kaiserlichen Baudirektor in Tsingtau ein Wettbewerb für die ostasiatischen Architekten erlassen worden. Für die besten Entwürfe sind drei Preise zu 1500, 1000 und 500 mexikanischen Dollar ausgesetzt.

t. **Deutsches Zuchtvieh für Deutsch-Südwestafrika.** Die Ansiedler in Deutsch-Südwestafrika fassen jetzt nach der Niederwerfung des Aufstandes wieder Vertrauen zu geregelteren Zuständen und fangen an, sich wieder mit Eifer der Bearbeitung ihrer Farmen und Besitzungen zu widmen. Eine Hauptpflege wird dem Viehbestande zugewandt. Da nun sehr viele Besitzungen durch Ankauf für die Truppen oder Raub durch die Aufständischen ihres Viehbestandes beraubt wurden, muß auch an die Erneuerung desselben gedacht werden. Zur Gewinnung eines ertragreichen Stammes wird zumeist Vieh aus Deutschland bezogen. So wurden erst kürzlich größere Mengen Zuchtrinder nach der Kolonie verfrachtet und jetzt hat der Dampfer „Clara Menzell" wiederum große Viehmengen an Bord, u. a. auch 50 Stück Merino-Rambouillet-Zuchtböcke, welche zur Zucht für die Südwestafrikanische Schäferei-Gesellschaft auf der Farm Orab bestimmt sind. Auch der Dampfer „Windhuk", welcher seit dem 27. d. von Hamburg aus nach Südwestafrika unterwegs ist und das Eisenbahnbau-Kommando an Bord führt, transportiert viel deutsches Zuchtvieh, u. a. auch 10 Böcke und 100 Mutterschafe, alles Edelwolliere. Freilich werden erst Jahre vergehen müssen, ehe die durch durch den Aufstand geschlagenen Wunden vernarbt sind.

Im Schacht eingeschlossen. In dem Schacht III der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" erfolgte ein Gesteinsturz, der 21 Mann und zwei Pferden den Rückweg zum Förderkorb abschnitt. Nach zehnstündigen Rettungsarbeiten gelang es, alle Verschütteten zu retten, die sich des besten Wohlbefindens erfreuen.

Gestörtes Glück.

5] Kriminalroman von A. v. Trystedt.

(Fortsetzung.)

Sobald Fokmer die Einwilligung zur Hochzeit durch seine Überredungskünste von Mutter und Tochter erhalten, reiste er ganz im geheimen, ohne jemand nur ein Wort davon wissen zu lassen, nach H., mietete eine kleine, aber bequem und recht hübsch gelegene Wohnung. Dann traf er alle Anstalten, dieselbe nach dem Geschmack seiner schönen Braut ausschmücken zu lassen. Eine von seiner Tante ererbte Summe von etwa tausend Talern kam ihm hierbei zu statten. Außer dieser Summe besaß Fokmer noch etwa eintausendfünfhundert Taler, die er zum Teil von seinem Gehalte erspart, zum Teil von einem Freunde, der Lehrer an einer höheren Schule in D. war und dem Fokmers eminente Sprachkenntnisse bekannt waren, für Hilfeleistung an einem englischen Werke erhalten hatte.

Aus gewissen Gründen hatte Doktor Reden, der betreffende Freund, die Beteiligung Fokmers an der Übersetzung streng geheim halten müssen, weshalb Fokmer in der Wohnung des Freundes und, da er tagsüber beschäftigt war, nur während der Abend- und Nachtstunden sich der Arbeit unterziehen konnte.

Es war für Fokmer eine anstrengende Arbeit gewesen, und nur sein eiserner Wille und das schöne Ziel, das ihm nach Vollendung derselben winkte, hatte sie gelingen lassen.

Als das Werk, das auf besonderen Wunsch und mit den Mitteln des Landesfürsten übersetzt worden war, erschien, ahnte wohl niemand, wer derjenige war, der den größten Teil daran gehabt hatte, und daß die Arbeit vieler Nachtstunden erforderlich war, um es in solcher Vollendung dem Publikum bieten zu können. Wie schwer der strebsame und gutherzige junge Beamte von dem Schlage, der seine Pläne und Hoffnungen so plötzlich vernichtete, niedergebeugt wurde, läßt sich leicht denken. Jetzt war er so arm, wie nie vorher und die Versetzung nach H. war seitens der Behörde wegen des Zwischenfalls aufgehoben.

Sein erster Weg an diesem Tage in H. galt der Vorstellung beim hohen Chef. Mit schlichten, reuigen Worten bat Fokmer um nachsichtige Beurteilung der von ihm in D. verschuldeten Dienstvernachlässigung. Es sollte auch nie wieder vorkommen, und dieser Vorfall solle ihm eine ernste Mahnung zur Vorsicht sein, sagte er niedergedrückt mit zitternder Stimme. Zu der ihm auferlegten Ersatzleistung des abhanden gekommenen Geldes möge man nicht die Zurücknahme der Versetzung an die hohe Behörde fügen; seine ganze Karriere würde dadurch vernichtet.

Der Chef, ein human gesinnter Herr, der Mitleid mit dem vor ihm stehenden blassen jungen Manne empfinden mochte — Fokmers bedrücktes Wesen und der wirklich leidende Zug in dem Antlitz desselben sprachen ja mehr als Worte — sagte zu, betreffs der Versetzung weitere Verfügung erlassen zu wollen. Vor der Hand wollte er einmal das Schreiben, in welchem die Aufhebung der Versetzung ausgesprochen sei, zurückziehen. Petent möge nun auch durch die Tat beweisen, daß er ein brauchbarer Arbeiter in seinem Bureau werden wolle, dann würde er sich von selbst den Weg zu den höheren Stellen des Postfaches erschließen.

Diese, wenn auch nur schwache Hoffnung richtete Fokmers gesunkenen Mut ein wenig wieder auf. Er nahm sich nun vor, da die Versetzung zum ersten Januar doch nicht stattfinden würde, am Abende der Geliebten, die auch bis heute noch nichts von dem Diebstahl auf der Post erfahren, sein Herz auszuschütten; sie sollte, sie mußte heute noch es hören, daß der Tag, an dem ihre Herzen zum schönsten Bunde sich vereinigen sollten, nun in unabsehbare Zeit gerückt sei.

6.

Von dem Bureau des Ober-Chefs nahm Fokmer seinen Weg zu dem Geschäftshause, welches er mit der Ausstattung seiner Wohnung beauftragt hatte. Er erzählte dem Prinzipale desselben, daß es ihm unmöglich sei, seinen eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, daß der Fall mit dem Geldbriefe sein ganzes kleines Vermögen verschlingen würde, und daß er gekommen, um ihn zu bitten, ihn von dem Kontrakte betreffs der Ausstattung seiner Wohnung zu entbinden.

Der Inhaber des Geschäftshauses, Herr Walter, sagte ihm, daß er die Sachen ausgeliefert erhalten würde auch ohne jegliche Anzahlung. Hierauf begab er sich zu Frau Martin, von der er die Wohnung gemietet hatte, und sagte nach einigen erklärenden Worten: „Ich will Ihnen die halbjährige Miete im voraus bezahlen, somit erleiden Sie keinen Schaden wegen meines durch die Umstände gebotenen Rücktritts vom Mietsvertrage."

Die Frau, eine junge, vermögende Witwe, welche dem gebildeten Stande angehörte, erschrak sichtlich über diese Mitteilung, um dann in Worte des Bedauerns auszubrechen. Die angebotene Miete lehnte sie bestimmt ab.

Fokmer protestierte gegen die Erlassung der Miete, es half aber nichts, die Frau lehnte immer wieder ab.

„Ich bin der Überzeugung, daß Sie doch noch einmal meine oberen Wohnräume mit Ihrer jungen Frau beziehen werden, und deshalb sagen Sie nichts von Mietezahlen. Für das nächste halbe Jahr steht die Wohnung nur Ihnen zur Verfügung. Und nun, bitte, sehen Sie sich einmal darin um, Herr Walter hat alles nach Ihrem Wunsch, ja noch mehr, ich möchte sagen, fürstlich eingerichtet. Der Herr muß einen besonderen Gefallen an Ihnen finden, Herr Fokmer, denn er hat sich oft stundenlang oben aufgehalten, damit nur ja nichts ohne seine Anordnung geschehe."

Nach diesen Worten eilte Frau Martin die Treppe hinauf; zögernd und unschlüssig folgte Fokmer. Was sollte er auch oben tun? — der Traum des Glücks war ja vorüber.

Noch vor Wochen hätte Fokmer mit wohlgefälligem Blick jeden Gegenstand eingehend besichtigt und im Geiste schon die Wonne empfunden, die ihn an der Seite seiner jungen Frau erfüllte — jetzt sah er im Gehen durch die Zimmer nur mit teilnahmlosem Blicke alle

SLUB Wir führen Wissen. STADT BIBLIOTHEK BAUTZEN BUDYŠIN